

Breiter Fortschritt – unsichere Zukunft Lateinamerika nach zwei verlorenen Jahrzehnten

JOACHIM KNOOP

Noch bis gut in die zweite Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hinein boten Lateinamerika und die Karibik für die politisch interessierte Öffentlichkeit ausreichend Gründe, sich mit der Region eingehend zu befassen. Die Bürgerkriege und Friedensprozesse in Zentralamerika, das Ende der Diktaturen, Redemokratisierung und der Siegeszug des Neoliberalismus auf dem Subkontinent, dies alles waren Themen, die in den Medien, in zahlreichen Solidaritätsgruppen und zum Teil auch in der Politik engagiert aufgegriffen wurden.

Seitdem hat sich viel geändert. Der Zusammenbruch der kommunistischen Welt, Chinas Aufstieg erst zu einer wirtschaftlichen, heute auch politischen Weltmacht und – als symbolisches Datum für die Zeitenwende – der 11. September 2001 haben globale Prozesse ausgelöst, in denen Lateinamerika keine Rolle mehr zu spielen scheint. Selbst die früher in der Region so häufigen Finanzkrisen, möchte man ironisch anmerken, finden heute woanders statt.

Die Weltöffentlichkeit richtet ihr Augenmerk auf Krisenherde in anderen Regionen, auf die wirtschaftlichen Probleme im eigenen Haus oder auf Ostasien, sei es als Hoffnungsträger für weltweites Wachstum oder als neuer starker Akteur für die anstehende Neuordnung der »Global Governance«. Für diese ist Lateinamerika insgesamt heute weder ein Problem noch ein wichtiger Mitgestalter.

Näher betrachtet haben sich in den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten aber nicht nur die globalen Krisenherde und Machtverhältnisse verschoben, auch die Region selber hat einen tiefgreifenden Wandel durchgemacht. Dass man – außer Samba, Tango und Shakira natürlich – so wenig von ihr hört, liegt nur daran, dass sich die Veränderungen im Guten wie im Schlechten langsam und lautlos vollziehen, ohne deshalb irrelevant oder weniger spannend zu sein.

Wirtschaftlicher Fortschritt, aber weitgehend nach altem Muster

Wirtschaftlich haben die meisten Länder der Region vom neoliberalen Frontalangriff in den 1980er Jahren trotz der sozialen und institutionellen Verwüstungen, die das Modell hinterließ, profitiert, weil die exzessive Liberalisierungspolitik – vor allem auch die des Außenhandels – einen hohen Modernisierungsdruck ausübte, ausländische Investitionen anzog und damit die Voraussetzungen dafür schuf, dass diese Länder ihren Platz in der ökonomischen Globalisierung finden konnten – sei es mit Tourismus (Costa Rica, Dominikanische Republik), Kokain und Schnittblumen (Kolumbien), verarbeiteten Lebensmitteln (Chile, Brasilien) oder mit den traditionellen agrarischen und mineralischen Rohstoffen (Argentinien, Chile, Peru, Brasilien, u. a.) bzw. den Energieträgern Öl, Gas und Kohle (Venezuela, Ecuador, Bolivien, Kolumbien). Zwischen 2003 und 2008 erlebten die meisten Länder nach zwei »verlorenen Jahrzehnten« einen ungeahnten Wirtschaftsboom vor allem deshalb, weil sie Chinas Aufschwung mit Grundstoffen versorgten. Mit der aktiven Förderung neuer Handelsbeziehungen auch zu anderen Ländern (Russland, Iran etc.) und Regionen (Naher Osten, Afrika) verringerte vor allem Brasilien die Außenhandelsabhängigkeit von den USA und leitete quasi eine Kontinentalverschiebung in den Außenbeziehungen ein. Während Mexiko und Zentralamerika sowie die meisten karibischen Inseln mehr denn je von der Wirtschaftsentwicklung ihres nördlichen Nachbarn abhängen, blicken die Andenstaaten Chile und Peru, neuerdings auch Kolumbien heute eher in den pazifischen Raum.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich der Anteil der Region an den weltweiten Warenexporten von zehn Prozent zu Beginn der 1960er Jahre heute nahezu halbiert hat, dass der Anteil der Rohstoffe an den Exporten – wieder – zu hoch und die internationale Konkurrenzfähigkeit der Fertigwarenindustrie weiterhin zu niedrig ist. Argentinien ist vor allem als Zulieferer für die brasilianische Autoindustrie wichtig, Mexiko stellt Niedriglohnprodukte für den US-Markt her, und nur Brasilien kann sich mit einigen hochwertigen Gütern, z. B. Flugzeugen, auch international behaupten. Auf Rohstoffexporten basierende Ökonomien bewirken in der Regel eine hohe Einkommenskonzentration und können die Entwicklung kaufkräftiger Mittelschichten behindern. Sie sind, weil sie die Entwicklung von Wertschöpfungsketten im eigenen Land vernachlässigen (man kennt dies als »holländische Krankheit«), meist

Tabelle 1:
Ausgewählte Exportstatistik Lateinamerika 2008 (in %)

	<i>Argentinien</i>	<i>Brasilien</i>	<i>Chile</i>	<i>Kolumbien</i>	<i>Peru</i>	<i>Mexiko</i>
Rohstoffe ¹⁾	65,6	53,2	87,4	65,8	69	25,8
Fertigwaren	30,6	43,7	12,2	31,5	13,2	72,8
USA	7,9	14	12,8	38	18,6	80,3
EU	18,8	23,5	24,5	12,8	17,6	5,9
Asien ²⁾	9,1	11,4	31,9	n.d.	12	n.d.
LAK	25,6 ³⁾	8,9 ⁴⁾	n.d.	20,2 ⁵⁾	n.d.	2,2 ⁶⁾
Sonstige	38,6	42,2	30,8	29	51,8	11,6

1) Landwirtschaftliche Rohstoffe, Mineralien/Erze und Brennstoffe

2) China, Japan, Südkorea; 3) Brasilien, Chile; 4) Argentinien; 5) Venezuela, Ecuador;

6) Brasilien, Kolumbien

Quelle: WTO Trade Profiles 2009

nicht nachhaltig. Zudem kann Lateinamerika auf eine lange Tradition von »boom« und »bust« seiner Rohstoffzyklen zurückblicken, so dass die UN-Kommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPALC) auf ihrer Jahrestagung im Juni 2010 davor warnte, die frühere Abhängigkeit von den USA nun durch eine einseitige Exportabhängigkeit von China zu ersetzen.

Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends waren drei Ländertypen in Südamerika bestimmend und werden es wohl auch bleiben: die pragmatischen marktwirtschaftlichen Modelle mit relativ hoher politischer Stabilität, die staatskapitalistisch orientierten Länder der »Bolivarischen Allianz für die Amerikas« (ALBA), die mit tief greifenden Verfassungsreformen auf eine »Neugründung« der Nation und des Staates setzen, sowie Brasilien, das zwar ebenfalls eine demokratisch verfasste Marktwirtschaft ist, jedoch als Mitglied der BRIC-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China) und einziger »Global Player« eine Sonderstellung einnimmt. Brasiliens Führungsanspruch und seine globale Meinungsführerschaft sind – auch wegen der divergierenden politischen Visionen und Rivalitäten – in der Region nicht unumstritten. Aber sie sind Realität.

Generell hat sich die Kluft zwischen den wirtschaftlichen Gewinnern – fast alle Länder Südamerikas – und den Verlierern auch in der Boomphase 2003–2007 vergrößert. Verlierer waren insbesondere die kleinen Länder

Zentralamerikas und der Karibik, allen voran das durch ein Erdbeben verwüstete Haiti – heute nach allen Kriterien ein »gescheiterter Staat«. Doch auch in Mexiko und Venezuela sind die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aussichten für die erste Hälfte des zweiten Jahrzehnts verhalten: in Mexiko, weil das Land wegen seiner Abhängigkeit von den USA von der Wirtschaftskrise (und der chinesischen Konkurrenz) hart getroffen wurde, weil es seine Ölindustrie vernachlässigt hat und weil der Kampf gegen die Drogenkriminalität wertvolle Ressourcen bindet. In Venezuela, weil die Einnahmen aus Ölexporten das staatskapitalistische Experiment mit seinen dramatischen Ineffizienzen nicht mehr finanzieren und dem Land negative Wachstumsraten sowie eine hohe Inflation bescheren. Venezuela (über 30 Prozent) und Argentinien (ca. 25 Prozent) haben Simbabwe 2010 als Land mit der weltweit höchsten Inflation abgelöst.

Als Ende 2008 die Hypothekenkrise in den USA eine Bankenkrise in den Industrieländern auslöste und diese in eine tiefe Rezession stürzte, befürchteten viele Beobachter, dass die von Exportboom und Kapitalzuflüssen gestützten hohen Wachstumsraten in Lateinamerika ein jähes Ende finden könnten. Aber dieses Szenarium erfüllte sich nicht; die meisten Länder Südamerikas werden schon 2010 ein ähnlich hohes Wachstum verzeichnen wie vor der Krise, Brasilien mit prognostizierten 7,5 Prozent sogar ein höheres. Dass die lateinamerikanischen Banken kaum »toxic assets« in ihren Büchern hatten und die Nachfrage Chinas und anderer »emerging economies« nach Rohstoffen viel weniger sank, als erwartet worden war, ist aber nur ein Teil der Erklärung für dieses immerhin erstaunliche Phänomen. Der eigentliche Grund liegt in dem politischen Paradigmenwechsel, der sich in Lateinamerika seit Beginn des Jahrtausends vollzogen hat und der im allgemeinen Sprachgebrauch etwas unscharf als »Linksruck« bezeichnet wird.

Politischer Linksruck und Stärkung der Mittelschichten

Gemeint ist damit die massive Abwahl, in einigen Fällen Auflösung, der traditionellen politischen Führungseliten und Parteien. Trotz aller verbleibender Demokratiedefizite erfüllen alle Länder außer Kuba zumindest die Minimalstandards kompetitiver Wahlen, und deren Ergebnisse beweisen häufig die Bereitschaft der Wähler, mangelnde Performance rücksichtslos abzustrafen. Dass davon in einigen Fällen vor allem charis-

matische Neupolitiker profitieren, die mit radikalen Reformprogrammen auf eine »Neugründung« von Nation und Staat abzielen (neue Verfassungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador), belegt weniger ein Demokratiedefizit als das gestiegene Selbstbewusstsein unterer Wählerschichten bzw. der Indiobevölkerung in den Andenländern, auch wenn die neuen populistischen Regierungen für die Festigung demokratischer Institutionen in der Regel weniger zu begeistern sind.

Unabhängig von den Unterschieden in den ideologischen Grundströmungen, die die politische Wende getragen haben – dem eher sozialdemokratischen Pragmatismus in Ländern wie Chile, Brasilien und Uruguay, dem radikaleren, etatistischen Diskurs des »Sozialismus des XXI. Jahrhunderts« in Venezuela, Bolivien und Ecuador oder der eigenartigen Mischung beider in Argentinien – lassen sich in allen Fällen drei mehr oder weniger deutliche Gemeinsamkeiten feststellen: (i) ein ausgeprägter Rohstoffnationalismus wie er beispielsweise im »Gaskrieg« Boliviens Evo Morales den Weg an die Macht bahnte, (ii) eine starke Rolle des Staates in der Ökonomie und dies vor allem im Hinblick auf (iii) eine radikale Umverteilungspolitik zur Bekämpfung der hohen Armut. Schon unter der Regierung Fernando Henrique Cardosos hatte Brasilien ein Sozialprogramm aufgelegt, das in den Jahren darauf von der Regierung Lula auf über elf Millionen Familien ausgedehnt und später in zahlreichen Ländern erfolgreich kopiert wurde.

Dieses Schreckensszenario der neoliberalen Ökonomie – Staatsinterventionismus und eine »verantwortungslose« Ausgabenpolitik – war im Gegensatz zu früheren vergleichbaren Episoden aber gepaart mit einer rigiden Haushalts- und Inflationskontrolle. In den öffentlichen Finanzen (Haushaltsdefizite und Schuldenstand) – der Achillesferse der Region in früheren Epochen – erfüllen auch nach der Krise viele Länder die Maastrichtkriterien besser als die Mehrheit der EU-Mitglieder. Es stützte sich zudem auf Modernisierungsfortschritte in der Steuer- und übrigen öffentlichen Verwaltung sowie, natürlich und vor allem, auf die ab 2002/2003 exponentiell ansteigenden Exporteinnahmen und Zahlungsbilanzüberschüsse. Erinnerung sei daran, dass Argentinien, Brasilien, Ecuador, Uruguay und Venezuela alle IWF-Schulden beglichen und damit ihre Ablehnung neoliberaler Rezepte materiell und symbolisch dokumentierten.

Es waren wohl die massiven Umverteilungsprogramme (in Argentinien auch politisch gewollte Lohnerhöhungen über Produktivitätswachstum und Inflationsrate), die den oben beschriebenen Effekt Roh-

stoffe exportierender Ökonomien konterkarierten und zu einer Stärkung der Mittelschichten führten. Mit einem soliden Bankensystem, hohen Devisenreserven und niedrigem Schuldenstand sowie einem im Vergleich zu früher kaufkräftigeren Binnenmarkt war Lateinamerika für die Krise besser gerüstet als je zuvor. Trotz ihrer relativ robusten Verfassung reagierten fast alle Regierungen nahezu zeitgleich mit denen in den USA und Europa zusätzlich mit umfangreichen antizyklischen Konjunkturprogrammen und wehrten so eine tiefere Rezession erfolgreich ab. Dies gilt allerdings nicht für Mexiko und Zentralamerika. Auch Venezuela konnte die sinkenden Öleinnahmen nicht kompensieren, und in Argentinien verweist die hohe Inflationsrate von ca. 25 Prozent eher auf eine expansive Überhitzung.

Was wäre geschehen, wenn der 1998 in Venezuela durch die Wahl von Hugo Chávez eingeleitete politische Paradigmenwechsel nicht von dem 2002/2003 einsetzenden Exportboom begleitet gewesen wäre? Und was geschieht wenn die Eurokrise das Wachstum in Europa stark abschwächt oder in China die Immobilienblase platzt? Lateinamerika hat bei vielen seiner strukturellen Probleme noch zu wenig Fortschritte gemacht: Die gesamtwirtschaftliche Sparrate ist niedrig, die Modernisierung der Infrastruktur und der staatlichen Verwaltungen geht nur langsam voran und vor allem fehlt es an ausreichender technologischer Kompetenz für höhere Wertschöpfung.

Strukturen des regionalen Selbstbewusstseins

Aus europäischer Sicht werden die Gemeinsamkeiten in der Region stärker wahrgenommen als die Unterschiede zwischen den Ländern. Lateinamerika scheint aufgrund des Nachlasses seiner europäischen Geburtshelfer (Sprachen, Werte etc.) quasi naturgemäß als Ganzes ein »strategischer Partner« in der globalisierten Weltordnung zu sein. Insbesondere der Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) sollte sich nach dem Ebenbild der EU entwickeln, und seit Jahren bemüht man sich bisher erfolglos, das eigentlich überfällige Assoziierungsabkommen zwischen beiden Wirtschaftsräumen, durch das die weltweit größte Freihandelszone entstünde, abschließend zu verhandeln. Die Probleme liegen dabei in strittigen Verhandlungspunkten, aber auch darin, dass der Mercosur bei allen Erfolgen seit seiner Gründung 1991 weder als Zollunion noch als gemeinsamer Binnenmarkt (und schon gar

nicht als Instanz für politische Koordination nach innen oder außen) wirklich funktioniert. Dies gilt mehr noch für die heute obsoleten Bündnisse Andenpakt (1969) und Zentralamerikanischer Gemeinsamer Markt (1972) oder die Asociación Latinoamericana de Integración (ALADI).

Nach der Absage v. a. der südamerikanischen Länder an die US-Initiative zur Gründung einer gemeinsamen Freihandelszone ALCA nach dem Muster der nordamerikanischen NAFTA (USA, Kanada, Mexiko) im Jahre 2005 bietet Lateinamerika heute im Hinblick auf die wirtschaftliche Integration ein Bild unvollständiger, fragmentierter und sich überlappenden Prozesse und Initiativen, die sich nur sehr euphemistisch unter den Begriff Integration fassen lassen.

Sieht man sich dagegen die politischen Prozesse an, die unter das Stichwort Integration fallen, so haben diese in den letzten Jahren eine ganz andere Dynamik entfaltet. Seit 1986 besteht die Rio-Gruppe (ursprünglich Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Mexiko, Panama, Peru, Uruguay und Venezuela) als ständiger Konsultations- und Koordinationsmechanismus; sie wurde kürzlich als Staatengemeinschaft Lateinamerikas und der Karibik auf alle Länder (einschließlich Kuba) erweitert und versteht sich als Alternative zur Organisation Amerikanischer Staaten, an der auch die USA und Kanada beteiligt sind. Die Gründung der Staatengemeinschaft hat zumindest symbolisch den Charakter einer »Unabhängigkeitserklärung« von den USA und bestärkt den Souveränitätsanspruch der Region gegenüber einer Macht, die wirtschaftlich und politisch heute weniger wichtig ist und der zudem eine nur selektive Wahrnehmung der Region bescheinigt wird. Die US-Politik konzentriert sich auf Konflikte in oder mit Mexiko (Migration und Drogen), Kolumbien (Militärbasis), Haiti (Migration und Wiederaufbau) sowie in letzter Zeit auf Brasilien (Iran-Politik).

Im Jahre 2004 lancierte Venezuelas Präsident Hugo Chávez die Bolivarische Alternative der Amerikas, seit 2009 Bolivarische Allianz der Amerikas (ALBA) als Gegenmodell zur panamerikanischen Freihandelszone ALCA. Nicht (kapitalistischer) freier Handel, sondern (sozialistische) Kooperation und Solidarität sollten die Beziehungen zwischen den Staaten bestimmen. Die Allianz begann mit dem venezolanisch-kubanischen Vertrag über Öllieferungen und im Gegenzug die Entsendung von kubanischen Ärzten und Fachkräften nach Venezuela. Mit Hilfe großzügiger Überweisungen aus gut gefüllter Kasse – der Ölpreis stieg in jenen Jahren von 40 US-Dollar auf 120 US-Dollar – gewann Chávez Nicaragua, Honduras (Honduras trat im Januar 2010 wieder aus), Bolivien, Ecuador

sowie die kleinen Karibikstaaten Antigua und Barbuda und Dominica als Mitglieder der Allianz. Erklärtes Ziel der Allianz ist auch die Einführung des Sucre als zunächst virtuelle, später reale gemeinschaftliche Währung. Der gesunkene Ölpreis und die massiven wirtschaftlichen Probleme Venezuelas – das einzige Land der Region in Rezession – lassen dieses und andere Ziele der ALBA heute aber schon wieder obsolet erscheinen.

Zwar entsprach die anti-amerikanische und anti-neoliberale Rhetorik des venezolanischen Präsidenten der öffentlichen Stimmungslage, aber der karibische COMECON-Aufguss und Chávez' Bemühungen um die ideologische Vorherrschaft in der Region (sowie seine Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder) weckten auch Argwohn, nicht nur bei seinen Gegnern Peru und Kolumbien, sondern auch in Brasilien, das sich dem Führungsanspruch des Venezolaners – inzwischen erfolgreich – von Anfang an widersetzte. Die Aufnahme des damals noch finanzstarken Venezuela als Vollmitglied des Mercosur im Jahre 2005, die allerdings bis heute nicht vollzogen ist, weil die Zustimmung des paraguayischen Parlaments fehlt, steht dieser Einschätzung nur scheinbar entgegen. Wirtschaftlich ist Venezuela aufgrund seines Öl- und Gasreichtums für die Region langfristig von Bedeutung, und politisch geht es Brasilien darum, Chávez nicht zu konfrontieren, sondern einzubinden. Wandel durch Annäherung, sozusagen.

So war es auch Brasilien, das sich für die meistversprechende regionale Integrationsinitiative stark machte, die Gründung der südamerikanischen Staatengemeinschaft UNASUR im Jahr 2008. Langfristiges Ziel der UNASUR, zu deren Generalsekretär vor kurzem der argentinische Ex-Präsident Nestor Kirchner gewählt wurde, ist die Errichtung eines südamerikanischen Binnenmarktes nach dem Modell der EU und dies unter Zusammenführung der bestehenden Integrationsstrukturen des Mercosur und der Andengemeinschaft ohne den Aufbau neuer Bürokratien. Konkrete Ergebnisse sind bisher die Errichtung des südamerikanischen Verteidigungsrates und die Gründung der regionalen Entwicklungsbank Banco del Sur.

Angesichts der bisherigen, oben beschriebenen Erfahrungen mit wirtschaftlicher Integration in Lateinamerika wird man von dem Projekt keine kurzfristigen Ergebnisse erwarten dürfen. Schon Nestor Kirchners Weigerung, an seinen vorgesehenen Amtssitz Quito zu ziehen oder sein Abgeordnetenmandat aufzugeben, sowie seine sichere Kandidatur für die argentinischen Präsidentschaftswahlen 2011 deuten auf eine eher moderate Planerfüllung hin.

Der Aufstieg Brasiliens

Aber UNASUR ist nicht nur ein Integrationsprojekt, es ist vor allem ein Ausdruck für den unaufhaltsamen Aufstieg Brasiliens zur regionalen Führungsmacht und zum Sprecher der gesamten Region auf der internationalen Bühne. Als einziges Land ist es heute in allen weltweit relevanten Themen – Klima, Energie, Handels- und Finanzordnung etc. – präsent und vertritt aktiv einen effektiven Multilateralismus zur Lösung der globalen Governance-Probleme. Bis in die späten 1980er Jahre wirtschaftlich stark abgeschottet, ist Brasilien heute eine dynamische Exportnation und dies im Unterschied zu seinen Nachbarn mit steigender Wertschöpfung. Trotz seiner Weltmarktorientierung ist es mit der Region wirtschaftlich stark verflochten und mehr denn je gewillt und in der Lage, seine Interessen auch politisch abzusichern. Als typische »soft power« ist Brasilien heute, wenn nicht Garant, so doch der entscheidende Faktor für die politische Stabilität in Südamerika. Dies zeigte sich u. a. im Fall Boliviens (2008), als einige Provinzen nach dem Wahlsieg von Evo Morales einseitig ihre Autonomie erklärten und Brasilien im Rahmen der UNASUR erfolgreich eine Lösung des Konflikts vermittelte. Zugespielt und etwas verkürzt könnte man sagen: UNASUR ist vorerst für die brasilianische Diplomatie ein willkommener Mantel, die wirtschaftlichen und politischen Stabilitätsinteressen des Landes in der Region wirksam und unauffällig zu vertreten.

Optimismus im Süden, Anomieprozesse im Norden

Bei allen wirtschaftlichen Fortschritten und zum Teil erheblichen Erfolgen bei der Verringerung der Armut bietet Lateinamerika heute ein widersprüchliches Bild. Deutlicher denn je ist die Region in zwei Teile gespalten: Mexiko, Zentralamerika und die Karibik unterliegen wirtschaftlich und gesellschaftlich wie jeher dem Kraftfeld der USA. Diese – aber auch die EU – spielen für Südamerika eine immer geringere Rolle. Dort öffnet sich dagegen die Schere zwischen der diversifizierten, technologisch überlegenen Exportökonomie Brasiliens und den Rohstoffexporteuren in der Andenregion. Man darf zudem bei allen notwendigen Einschränkungen vermuten, dass das Kräfteverhältnis zwischen Argentinien und Brasilien langfristig dem zwischen Mexiko und den USA sehr ähnlich wird.

Die verschiedenen bis hier skizzierten Prozesse vollziehen sich unspektakulär eher im Stillen, aber sie verändern Lateinamerika und Lateinamerikas Rolle in der Welt. Brasilien hat sich als regionale Führungsmacht fest etabliert und bringt sich selbstbewusst in die internationalen Debatten ein. Für die übrigen Länder ist keineswegs entschieden, dass ihr Rohstoffreichtum auch ihre Zukunft sichert. Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre hat die Lage der Armen verbessert, aber nichts daran geändert, dass die Region weiterhin die ungerechteste Einkommensverteilung weltweit aufweist.

Vor allem im nördlichen Teil Lateinamerikas breitet sich ein Phänomen aus, das die wirtschaftliche und politische Stabilität einiger Länder und die Handlungsfähigkeit ihrer Regierungen bereits heute infrage stellt: die zunehmende, direkt oder indirekt mit dem Drogenhandel verbundene Gewaltkriminalität. Wenn Mexiko, El Salvador, Guatemala oder kürzlich Jamaika Eingang in die internationalen Medien finden, dann sind es in der Regel Nachrichten über Massaker von erschreckender Brutalität. Die Opferzahlen liegen höher als in Kriegsregionen und betreffen vor allem Jugendliche und Frauen. In mexikanischen Grenzstädten erreichen sie Werte, die weit über dem liegen, was nach WHO-Standards eine Epidemie ausmacht.

Während Kolumbien und Brasilien bewiesen haben, dass die Gewaltkriminalität eindämmbar ist und dies – unter hohen Kosten – wahrscheinlich auch für Mexiko gelten wird, sind die kleinen zentralamerikanischen und karibischen Staaten damit überfordert; in ihnen verfällt zunehmend nicht nur der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Legitimität ihrer demokratischen Institutionen, sondern auch ihre Staatlichkeit. Über mögliche Lösungen wird heftig diskutiert. Sie sollten bald gefunden werden, denn sonst besteht die Gefahr, dass Medien und Politik sich wieder sehr für die Region interessieren müssen.